

„Das ist unser Land“

Beduinen contra jüdische Siedler – wie die Nomaden im besetzten Westjordanland um den Erhalt ihres Lebensraums und ihrer Traditionen kämpfen

Von Frauke Wolter

Bauschutt liegt herum und Müll, es ist staubig, der Wind bläst scharf über die kargen Steine. Manche der Behausungen sind aus rohem Zement, andere aus Wellblech, Plastik und Holzstöcken. Von wieder anderen steht nur noch eine Wand oder es gibt eine Bodenplatte. Tücher flattern auf gespannten Seilen, dazwischen Ziegen. Ein barfüßiges Kind spielt mit dem Schädel eines toten Widders.

Ganz nah, in Sichtweite, eine Siedlung. Gelb gestrichene Einfamilienhäuser, begrünte Vorgärten, ordentlich geteerte Straßen, Sicherheitszäune. Kein Mensch ist zu sehen. Ein Hund bellt.

Ein Beduinendorf und eine jüdische Siedlung – der Kampf zwischen Palästinensern und Israelis um das Land ist bitter. Gewalttätig und oft auch ungerecht. Und er wird mit allen Mitteln geführt. Zum Beispiel zwischen dem Beduinendorf Umm-al-Khair und der jüdischen Siedlung Carmel.

Beide liegen im Regierungsbezirk von Hebron im Westjordanland. Nach Ansicht der israelischen Regierung ist das Beduinendorf illegal; die Beduinen sagen, die Regierung habe ihnen das Land einst zugewiesen. Die Gegend jedenfalls gehört zur sogenannten Zone C. In dieser haben laut den Oslo-II-Verträgen von 1995 allein die israelischen Sicherheitskräfte das Sagen, es ist „besetztes Gebiet“. Gebaut werden darf hier nur mit Genehmigung der Militärverwaltung; viele Beduinen besitzen keine. Gut 60 Prozent der palästinensischen Autonomiegebiete fallen in die Zone C. Die jüdische Siedlung Carmel war zunächst ebenfalls illegal, weil sie auf palästinensischem Gebiet errichtet wurde. Inzwischen ist sie legalisiert.

„Der Streit zerstört unsere Gesellschaft.“

Judith Elkana

„Die Siedler haben die Häuser nachts gebaut“, sagt Eid Hthaleen, „wir riefen die Polizei, die Bauten wurden verboten. Doch dann haben sie wieder angefangen.“ Eid Hthaleen ist Beduine, Aktivist und Künstler. Aus Müll wie Metall und Plastik und anderem gefundenen Material baut er realistische Modelle von Hubschraubern oder Lastwagen, angelehnt an die zerstörerische Präsenz israelischer Sicherheitskräfte in seinem Dorf.

Seit Jahrzehnten leben die Beduinen hier, noch sind es rund 160 Menschen, die ihre Tiere über die Ebene treiben und versuchen, der kargen Landschaft etwas abzutrotzen. Jetzt soll das Dorf weg. Die Siedlung Carmel dagegen ist heute Heim für mehr als 500 Menschen – vom israelischen Militär geschützt, mit Wasser und Elektrizität ausgestattet. Stück für Stück nimmt sich Israel das Land.

„Im April 2016 haben sie das Haus meines Cousins zerstört“, sagt Tariq Hthaleen, ein Bruder von Eid. „Im August dann wieder. Er bekam einen Wohncontainer von der EU, auch der wurde zerstört. Dann



Der Künstler Eid Hthaleen mit seinem Vater Seik Suleman, hinter ihnen der erloschene Ofen FOTOS: FRAUKE WOLTER

kaufen wir ihm ein Zelt – umsonst. Jetzt wohnt mein Cousin wieder bei seinen Eltern.“ Das mache auch Lebensentwürfe kaputt, sagt Tariq, „nur mit einem Haus kannst du auch heiraten.“

Sie, das sind die israelischen Soldaten. Mit Bulldozern kommen sie und schieben die ärmlichen Behausungen der Beduinen zusammen, wenn es einen Räumungsbefehl gibt. In Internet findet sich dazu Filmmaterial: Man sieht weinende Mütter, wütende Väter, junge Soldaten, die ungerührt die Menschen aus ihren Häusern treiben. 47 Häuser seien in Umm-al-Khair dem Erdboden gleichgemacht worden, klagt Tariq, 13 Aktionen waren das seit 2007. „Das muss aufhören, wir haben Angst!“ Im Januar vergangenen Jahres eskalierte bei der versuchten Räumung des Dorfes die Lage, ein Beduine und ein Polizist starben.

Meistens aber handelt es sich um stille Landübernahmen. Die Palästinenser dürfen nur eingeschränkt ihr Ackerland betreten; wenn aber der Boden nicht landwirtschaftlich genutzt wird, ist er für sie verloren und kann besiedelt werden. Die meisten illegalen jüdischen Siedlungen stehen auf palästinensischem Privatgrund. Etwa 100 dieser „outposts“ (Außenposten) gibt es mittlerweile, in denen mehrere Tausend Bewohner leben. Schon seit dem Jahr 2012 verschärft die Regierung den Kurs hin zu deren Legalisierung.

Die Siedler werfen Steine, schlugen Kinder und erschossen Esel und Hunde, erzählen die Bewohner von Umm-al-Khair. „Die neuen Siedler sind sogar gewalttätiger als die alten“, sagt Eid Hthaleen. Erst kürzlich hätten Siedler zusammen mit dem Militär außerdem das Feuer in ihrem Tabun, im Tonofen gelöscht, in dem die Beduinen ihr traditionelles Brot backen und der eine wichtige Bedeutung für die Nomaden hat. Der Rauch habe angeblich gestört. Zwischen Geröll und Steinen liegt der Ofen, noch immer kalt.

Judith Elkana steht an dem erloschenen Tabun und schüttelt den Kopf. „Dieser Streit zerstört unsere Gesellschaft“, sagt die 83-Jährige. „Sie ist 50 zu 50 gespalten – in einen liberalen Teil und denen, die sagen: Das ist unser Land.“ Elkana gehört zu den Ehrenamtlichen, die für die israelische Hilfsorganisation Yesh Din („Es gibt Recht“) arbeiten. Gegründet 2005, bieten deren Anwälte und Feldforscher Palästi-

nensern Rechtshilfe an. Elkana unterstützt Yesh Din dabei, Landstreitigkeiten, Gewalt durch Siedler oder Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland zu dokumentieren. Die Pensionärin ist schon lange politisch aktiv: Sie gehörte der Antikriegsbewegung „Women in Black“ an und war eine der „Checkpoint Women“, die das Verhalten von israelischen Soldaten an den Grenzübergängen festhielten. „Ich glaube nicht, dass dies etwas ändert“, sagt die Israelin über ihren Einsatz in dem Beduinen-



Das Wasser für den Tee stammt aus dem Kanister.

dorf, „trotzdem ist es nötig. Und es gibt viele in meinem Alter, die sich einsetzen. Denn wir haben leider eine faschistische Regierung.“ Das Wort sagt sich gewiss nicht leicht für jemanden, dessen Familie 1933 vor den Nazis aus Deutschland fliehen musste.

15 Fälle von Siedlergewalt hat Yesh Din in Umm-al-Khair aktuell dokumentiert. „Wir haben Videos und Bilder“, sagt Eid Hthaleen. „Die Polizei aber sagt: ‚Wir sehen nichts‘ – und sie gehen wieder.“ Dass

sich die Beduinen überhaupt bei den israelischen Sicherheitsbehörden melden, ist eine Ausnahme. „Die meisten Palästinenser haben kein Vertrauen in die israelischen Strafbehörden“, sagt Birte Brodkorb, die sich bei dem Hilfswerk um die internationalen Kontakte kümmert. „Sie haben Angst vor Vergeltung, wenn sie etwas sagen; Angst, ihre Genehmigungen zu verlieren.“ Denn nur mit diesen sogenannten Permits können die Palästinenser Grenzposten passieren oder in Israel zur Arbeit gehen. Und es gibt noch mehr Hürden: Die meisten Polizeistationen liegen in den Siedlungen, was viele Palästinenser abhält, diese aufzusuchen. Die Anhörung ist auf Hebräisch, eine Sprache, die viele nicht sprechen. „Viele Landsachen gehen auch gleich an das höchste Gericht“, sagt Brodkorb, „und sie dauern sehr lange.“

Derweil versuchen die Menschen, sich mit den widrigen Umständen zu arrangieren. Ein kleiner Junge serviert Tee; das Wasser stammt aus einem Kanister, eine Wasserversorgung gibt es nicht in dem Dorf. Eine kleine Solaranlage versorgt die Menschen mit Strom.

Viele der jungen Beduinen leben nur noch sporadisch hier. Aber sie engagieren sich für das Land ihrer Eltern.

So hat Eid Hthaleen vor einiger Zeit den chinesischen Aktionskünstler Ai Weiwei in sein Dorf gebracht. Die beiden trafen sich bei einer Tour Ai Weiweis durch Palästina. „Ich habe ihm alles gezeigt“, sagt Hthaleen ein wenig stolz, „und er hat mich nach Berlin eingeladen.“ Dort, im Aedes Architecture Forum, durfte der Palästinenser im September 2016 seine Modelle ausstellen –

und gemeinsam mit seinem Mentor Ai Weiwei auf die Geschehnisse im Westjordanland und die „Krise der Menschenrechte aufmerksam machen“, wie das Forum berichtete.

Geändert haben solche Aktionen wenig – zahlreiche Nomadendörfer sind vom Abriss bedroht. Immer wieder finden Gerichtsverhandlungen statt, Einspruch folgt Einspruch. Ein ewiges Damoklesschwert. Auch die Beschwerde von EU-Parlamentariern, Israel zerstöre europäische Hilfsgüter, verlief ins Leere. Mittelfristig möchte Israel die Beduinen in urbane Zentren umsiedeln, bietet im Gegenzug Wohnungen, Wasser- und Stromanschlüsse. „Die Siedler machen Druck, auch in der Knesset“, sagt eine Mitarbeiterin des UN-Hilfswerks für palästinensische Flüchtlinge (UNWRA). „Aber die Menschen haben feste Traditionen, sie können nicht einfach den Ort wechseln.“

Doch ihre Lebensgrundlage schrumpft. Straßen werden vierspurig ausgebaut, sodass die Nomaden Probleme haben, ihre Tiere weiden zu lassen. Das dazugehörige Entlüftungsrohr endet just neben den Waschplätzen einer Schule. Das ist der Fall in Khan-al-Amar, einer Ansiedlung östlich von Jerusalem. Die Schule haben die Beduinen selbst gebaut, aus 2000 alten Reifen



Judith Elkana



Tariq Hthaleen

und abgedichtet mit recyceltem Falafelöl. 150 Kinder lernen hier Schreiben und Rechnen. Und noch eine Geschichte können die Beduinen hier erzählen: Von italienischen Spendern, die 2011 dem Dorf eine Schaukel, eine Rutsche und ein Klettergerüst schenken wollten. Die Teile wurden angeliefert – und riefen sofort das israelische Militär auf den Plan, das die Spielgeräte beschlagnahmte. Die Begründung: Für den Stecker der Schaukel habe es keine Einfuhrgenehmigung gegeben. „Es ist ein unwürdiges Leben“, sagt die UN-Mitarbeiterin, „es ist schwer, hier froh zu sein.“

Die Autorin war auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) im Westjordanland.

HINTERGRUND

Siedlungspolitik im Westjordanland

Derzeit gibt es etwa 122 legale jüdische Siedlungen und 100 illegale Außenposten im Westjordanland und in Teilen der Golanhöhen mit über 600 000 Einwohnern. Anfang 2017 beschloss Israels Parlament, bereits bestehende illegale Außenposten nachträglich zu legalisieren. Damit haben sich Teile der Likud-Partei und die Siedlerpartei Jüdisches Heim in

der Knesset durchgesetzt. Die UNO bewertet die Besiedlung weiter als illegal: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.“ Auch der UN-Sicherheitsrat bezeichnet die Siedlungen als illegal. Am 23. Dezember 2016 stellte er in einer Resolution fest, dass die Siedlungen der Zweistaatenlösung entgegenstehen und Israel die Siedlungsaktivitäten beenden müsse. Die Gebiete, die besiedelt werden, sollen einmal zu einem palästinensischen

Staat gehören. Doch nicht erst seitdem US-Präsident Donald Trump angekündigte, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, spürt Premier Benjamin Netanjahu Rückenwind. Mitte Januar nun wurden erneut 1285 Häuser im Westjordanland genehmigt, weitere sind in Planung. Bei den Siedlern handelt es sich um Familien, die vor allem aus finanziellen und räumlichen Gründen im Westjordanland leben. Außerdem gibt es etwa 12 000 national-religiöse, radikale Juden. fwo